

Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München



München, 12.07.2024

Einstellung der Verfolgung der Bußgeldbescheide wegen Verstößen gegen Maßnahmen in der Corona-Zeit

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Kreisverwaltungsreferat stoppt die Bearbeitung der Bußgeldbescheide aus der Corona-Zeit und verwendet das Personal an anderer Stelle.

Begründung:

Es war geplant unter Einsatz von 34 VZÄ mit der Verfolgung von Bußgeldtatbeständen aus der Corona-Zeit einen Gewinn für die Stadtkasse in Höhe von 1 Mio. Euro zu erzielen (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 05207). Aus den Antworten auf unsere Anfragen (F_00840 und F_00916) ergibt sich folgendes Bild:

2022 wurden abzüglich der Personalkosten Erlöse in Höhe von 95.358,45 EUR eingenommen statt der geplanten 2,650 Mio. Euro.

2023 wurde ein Minus von 213.163 Euro erzielt (1,045 Mio. Personalkosten standen 832.337 Euro an Einnahmen gegenüber) – geplant waren Einnahmen in Höhe von 3,533 Mio. Euro.

2024 wurden im ersten Quartal 344.240 Euro an Einnahmen erwartet bei Personalkosten in Höhe von 212.000 Euro, mithin ein Überschuss in Höhe von 132.240. Geplant waren für das ganze Jahr 883.498,99 Euro, was bei gleichbleibender Tendenz um ca. 350 TEUR nicht erreicht werden könnte.

Die Stadt hat also bis 31.03.2024 einen Gewinn von 14.435 Euro erzielt. Dieses Ergebnis rechtfertigt nicht den Aufwand, der getrieben wurde und zahllose Bürger angesichts der im Nachhinein zum Teil für rechtswidrig erklärten Maßnahmen stark verärgert hat. Auf Bundesebene wird sogar diskutiert, alle Bußgelder zurückerstatten zu lassen.

Nachdem diese Aktion trotz großer Anstrengungen nicht zum erwünschten Erfolg geführt hat und auch nie mehr führen kann, wäre die Verwendung des Personals für andere, wichtigere Dinge wirtschaftlich sinnvoller.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat